

Das Wahlprogramm des Congress of the People (COPE)

Der Congress of the People (COPE) wurde 2008 als Reaktion auf interne Streitigkeiten im regierenden African National Congress (ANC) gegründet, nachdem der damalige Präsident Thabo Mbeki als Parteivorsitzender des ANC abgewählt wurde und daraufhin als Präsident zurücktrat. Mehrheitlich setzt sich die Partei aus ehemaligen Mbeki-Unterstützern des ANC zusammen, aber auch aus anderen Parteien kamen Mitglieder hinzu. So wird die Partei von Mosiuoa Lekota, dem ehemaligen Verteidigungsminister der Mbeki-Regierung geführt. 2010 geriet die Partei in die Schlagzeilen, da es zu einem internen Machtkampf um den Parteivorsitz zwischen dem damaligen und jetzigen Parteivorsitzenden Mosiuoa Lekota und seinem damaligem Stellvertreter Mbhazima Shilowa kam. Der Führungsstreit konnte vorerst durch einen Gerichtsentscheid zugunsten von Lekota beigelegt werden. Dass dieser Führungsstreit langfristige Auswirkungen hat, zeigt sich im Vorfeld der diesjährigen Wahlen. So sind eine Woche vor den Wahlen zahlreiche COPE-Parlamentarier zurück in den ANC gewechselt.¹

Obwohl COPE erst im Jahr 2008 gegründet wurde, versucht die Partei ihre Gründungsgeschichte eng mit dem Fall des Apartheidregimes zu verknüpfen. So erklärt sie die Herkunft ihres Namens mit dem Beschluss der Freedom Charter von 1955, die die Grundlage für ein apartheidfreies Südafrika darstellte.²

Bei den letzten nationalen Parlamentswahlen im Jahr 2009 erzielte COPE trotz seiner jungen Parteigeschichte mit 7,5 Prozent den drittgrößten Stimmenanteil. Aktuelle Umfragen zur Folge kann die Partei allerdings nicht an das Ergebnis von 2009 anknüpfen, sondern kämpft vielmehr um den Wiedereinzug ins Parlament.

Das Wahlprogramm des COPE lässt sich als Abrechnung mit dem Führungsstil der aktuellen ANC-Regierung begreifen. COPE wiederholt dabei oft die Konsistenz seiner Positionen zwischen den Wahlen 2009 und heute. Die Kritik an der aktuellen Regierung formuliert die Oppositionspartei dabei indirekt und stilisiert sich so als bessere Regierung, die Südafrika verdient. Daher lautet ihr Slogan: „South Africa deserves a better government.“ Parteichef Lekota betonte dabei, er könne keine Geschenke versprechen, sondern nur harte Arbeit.³ Das Wahlprogramm bleibt in seinen Forderungen unpräzise und es werden weder konkrete Programme noch deren Finanzierung thematisiert.

¹ Vgl. Grootes, Stephen (2014): Cope not concerned with members leaving. In: Eye Witness news, 28.04.14. <http://ewn.co.za/2014/04/29/Cope-not-worried-about-leaving-members> (28.04.14).

² Die Freedom Charter wurde in Kliptown (Soweto) von einem Zusammenschluss der unterschiedlichen Freiheitsbewegungen (African National Congress, South African Indian Congress, South African Coloured People's Organisation und South African Congress of Democrats) beschlossen. Dieser Zusammenschluss der unterschiedlichen Antipartheidsbewegungen formierte sich damals bereits unter dem Titel Congress of the People.

³ Magubane, Khulekani (2014): SA deserves a better government, says COPE. In: Business Day online, 10.03.14. <http://www.bdlive.co.za/national/politics/2014/03/10/sa-deserves-a-better-government-says-cope> (24.04.14).

SÜDAFRIKA

JAN WILHELM AHMLING

April 2014

www.kas.de/suedafrika

Die Kritik an der aktuellen Regierung als Ausgangspunkt nehmend, kritisiert COPE besonders das Wahlrecht und die Arbeitsweise der Regierung. Die Partei fordert daher eine umfassende Wahlrechtsreform, die es allen Wählern ermöglichen soll, den Präsidenten, den Premierminister der jeweiligen Provinzen und die Bürgermeister direkt zu wählen. Dies beinhaltet auch, dass diese direkt gewählten Vertreter durch eine Mehrheit der Wahlberechtigten wieder abgewählt werden können. Auch sollen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung in allen Bereichen der Regierungsarbeit eingeführt werden. Zudem fordert COPE eine direkte Kopplung von Wählerstimmen an das Wahlergebnis ohne komplizierte Umrechnung, was „jedwede Möglichkeit für einen Wahlbetrug verhindern soll“⁴. Nach den Vorstellungen von COPE soll die Regierung und der Staatsapparat selbst einer Reform unterzogen werden, in der die Anzahl der Minister reduziert, gut ausgebildetes Personal einstellt sowie ein „benutzerfreundliches“⁵ System zur Meldung von fehlerhaftem Handeln in den kommunalen Verwaltungsebenen eingeführt wird. Darüber hinaus soll eine Umstrukturierung des nationalen Haushalts vorgenommen werden, um mehr finanzielle Mittel für die regionalen Verwaltungseinheiten zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaftspolitik

Hauptziel des COPE sei es, die Implementierung und die Funktionsfähigkeit des sogenannten National Development Plan⁶ zu sichern. Um die Ziele zu erreichen will die Partei eine Reihe von Wirtschaftsförderungsprogrammen einrichten. Dazu zählt der Ausbau der Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Bergbau und produzierendes Gewerbe sowie die verstärkte Unterstützung von kleinen und Kleinstunternehmen. Zudem soll Recycling, nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und der Bereich der Green Economy sowie eine auf den afrikanischen Kontinent fokussierte Exportwirtschaft gefördert werden, ohne dass dabei nähere Details genannt werden. Darüber hinaus soll, nach den Vorstellungen von COPE, ein Mikrokreditsystem für Frauen etabliert werden, das einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut liefert.

Ländliche Entwicklung

Als drittes Thema seines Wahlkampfprogramms präsentiert COPE seine Vorstellungen zur Landreform. COPE fordert, dass vor einer Landreform eine vergleichende Überprüfung stattfinden soll, sodass in einer breiten Diskussion und anschließenden Evaluierung, die besten „policies for different areas“⁷ implementiert werden können. COPE betont außerdem, dass bisher ungenutztes Land in staatlichem Eigentum für Hausbau und Landwirtschaft genutzt werden soll. Des Weiteren will COPE die Möglichkeit selbst landwirtschaftlich aktiv zu werden einer breiteren Bevölkerungsschicht ermöglichen.

Bildungssystem

COPE verspricht in der Bildungspolitik eine Reihe von Reformen, die das Bildungssystem praxisorientierter und funktionstüchtiger ausrichten sollen. So soll Handwerksunterricht und Sport als Pflichtfach in Schulen und die Möglichkeit des E-Learning eingeführt werden. Ebenfalls soll der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien stärkeres Gewicht in den Lehrplänen erhalten. Zusätzlich sollen alle Alterstufen durch das Bildungssystem befähigt werden, fächerübergreifend ihre Begabungen einzusetzen und das Ausbildungssystem

⁴ Congress of the People Manifesto (2014), S.5.

⁵ Congress of the People Manifesto (2014), S.7.

⁶ Der National Development Plan ist ein Regierungsdokument der Republik Südafrika, welches die nationalen Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bis 2030 festlegt.

⁷ Congress of the People Manifesto (2014), S.12.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

JAN WILHELM AHMLING

April 2014

www.kas.de/suedafrika

an Lehrinhalten ausgerichtet werden, die den Anforderungen von Unternehmen entsprechen. Dies soll nach der Auffassung des COPE die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, da das Bildungssystem somit besser an die Ansprüche der Wirtschaft angepasst werde.

Neben diesen geplanten Veränderungen innerhalb des Schulunterrichts verspricht der COPE strukturelle Veränderungen im südafrikanischen Bildungssystem. So will COPE für eine einheitliche Schulzertifizierung, die Reduzierung des Einflusses der Lehrgewerkschaften und für Gehaltssteigerungen bei Lehrern sorgen. Zudem soll das Zahlenverhältnis von Lehrern zu Schülern reduziert werden, ohne dass dabei die Neueinstellung von Lehrern als Option genannt wird. Auch sollen Weiterbildungseinrichtungen für Lehrer und die südafrikanischen Further Education and Training Colleges⁸ (FET) ausgebaut werden: Erklärtes Ziel des COPE ist, dass jeder Verwaltungsbezirk ein FET hat. Darüber hinaus soll die Autonomie der höheren Bildungsinstitutionen und die Qualität der Schulverwaltung gefördert werden. Neben dem Ausbau des Bildungssystems will COPE eine Kampagne zur Verhinderung von Teenager-Schwangerschaften starten.

Gesundheitssystem

Um die Gesundheitsversorgung der südafrikanischen Bevölkerung zu verbessern, will COPE ein universelles Gesundheitssystem bereitstellen, das der Gesundheitsvorsorge einen höheren Stellenwert beimisst. Auf dem Weg zu einem solchen Gesundheitssystem will COPE insbesondere die Qualität und Bezahlbarkeit bisheriger Leistungen sicherstellen. COPE fordert außerdem die Ausweitung der Öffnungszeiten staatlicher Krankenhäuser auf einen 24-Stunden-Betrieb und die Integration des Ambulanzdienstes in Krankenhäuser. Zudem soll das Krankenhausmanagement durch eine betriebswirtschaftliche Ausrichtung professionalisiert werden. Darüber hinaus sollen direkte Lieferverträge zwischen Krankenhäusern und Pharmazieherstellern die Kosten der Gesundheitsversorgung verringern. Neben dem Ausbau des Gesundheitssystems will COPE die Rolle traditioneller Medizin im Gesundheitssystem verstärken. Dazu soll eine Akkreditierung und Erfolgskontrolle von traditioneller Medizin und Medizinerinnen vorgenommen werden.

Kriminalitätsbekämpfung und Innenpolitik

Zur Bekämpfung der Kriminalität fordert COPE den Ausbau der Polizeistrukturen in Südafrika. Erklärtes Ziel ist eine Qualitätssteigerung in der Polizeiausbildung, eine Entpolitisierung aller Sicherheitsbehörden und Geheimdienste, die Wiedereinführung spezialisierter Polizeieinheiten und die Einführung einer einheitlichen Delinquenzstatistik. Darüber hinaus sollen sich die Institutionen der öffentlichen Sicherheit verstärkt um die Bekämpfung von sexueller Gewalt, organisiertem Verbrechen und Drogenhandel kümmern. Zusätzlich ist die Verstärkung des Strafmaßes für Wilderei und Drogenhandel im Programm des COPE vorgesehen.

Neben diesen Vorhaben im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung fordert COPE eine Überarbeitung der sogenannten Protection of State Information Bill⁹, sodass diese nicht länger gegen Pressefreiheit eingesetzt werden könne und damit nicht länger Korruption oder Gewalt verdecke.

⁸ Die südafrikanischen Further Education and Training Colleges sind höhere, meist technische Schulen, in denen Jugendliche in Ausbildungsprogrammen auf gezielte Karrierepfade in Industrie und Wirtschaft vorbereitet werden.

⁹ Die Protection of State Information Bill ist ein Gesetzesvorschlag für den Umgang mit als geheim klassifizierten staatlichen Dokumenten. Er wird seit dem Jahr 2010 unter großem öffentlichen Protest diskutiert und ist seit der Unterschriftsverweigerung durch Präsident Zuma im Jahr 2013 wieder im Gesetzgebungsprozess. Kritisiert wurde der Gesetzentwurf aufgrund des hohen Strafmaßes, dass Berichterstatter von staatlichen Geheiminformationen zu erwarten hätten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Außenpolitik

SÜDAFRIKA

JAN WILHELM AHMLING

April 2014

www.kas.de/suedafrika

COPE fordert eine südafrikanische Außenpolitik, die eine afrikanische Agenda anführt, die Bedingungen für die Wahrnehmung afrikanischer Interessen bereitstellt und so eine „bessere Welt“¹⁰ schafft. Daher verspricht COPE in seinem Wahlprogramm eine verstärkte Zusammenarbeit und regionale Integration in der SADC-Region anzustreben, das Ziel eines vereinten Afrikas aller afrikanischen Länder zu forcieren und mit allen ähnlich denkenden Ländern für eine Reform der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten. Laut COPE müsse das Hauptziel der südafrikanischen Außenpolitik die Erneuerung afrikanischer Gedanken und Interessen sowie die Weiterentwicklung der NEPAD¹¹ sein, um den Respekt der Bevölkerung ganz Afrikas zu gewinnen.¹²

¹⁰ Congress of the People Manifesto (2014), S.21.

¹¹ Die New Partnership for Africa's Development (NEPAD) ist ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm der Afrikanischen Union. Sein Sitz ist in Midrand in Südafrika. Es ist seit 2001 in Kraft, um die wirtschaftliche Entwicklung in und die Integration zwischen den Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union zu fördern.

¹² Congress of the People Manifesto (2014), S.21.